

(Zentralverein der Bergwerksbesitzer.)
 Besten fand die 21. Generalversammlung des Zentralvereines der Bergwerksbesitzer Oesterreichs statt. Den Vorsitz führte in Verhinderung des Vereinspräsidenten Heinrich Grafen Larisch-Mönnich der zweite Vizepräsident des Vereines, Bergrat Mag. R. v. Guttmann. Der Vorsitzende führte in seiner Ansprache aus: Die brennendste Frage, welche an den Bergbau gestellt wird, bezieht sich auf die Kohlenversorgung. Sie könnte vom heimischen Bergbau auch bei voller Förderung nur zum Teile gelöst werden, mit Rücksicht auf die gegenüber der Friedenszeit sprunghafte Steigerung des Bedarfes der Staatsbahnen und der Kriegsindustrie, bei gleichzeitig fast um 40 Prozent gesunkenem Import preussischer Kohle und bei Ausdehnung des Versorgungsgebietes infolge der Besetzung feindlichen Bodens sowie infolge der Notwendigkeit der Deckung des Kohlenbedarfes neutraler Staaten. Leider hat die Förderung sowohl von Steinkohle als auch von Braunkohle im Jahre 1917 infolge von Betriebsschwernissen, die im Jahresberichte aufgezählt sind, die für sie präliminierte Höhe nicht erreicht. Diese Betriebsschwernisse sind durchweg von dem Willen und Können der Unternehmer unabhängige, von ihm nicht beeinflussbare, sonach unverschuldete und zumeist unermehliche Folgeerscheinungen des Kriegszustandes, die mit dessen Beendigung schwinden werden. Mit Eintritt des Friedens wird nach Wegfall dieser Hindernisse für den Bergbau die Bahn frei, um mit dem Aufwande aller ihm zu Gebote stehenden technischen, finanziellen und Arbeitskräfte die für den Wiederaufbau unsrer Volkswirtschaft unerlässliche Steigerung seiner Produktionsfähigkeit durchzuführen; durch die stärkere Belegung seiner Arbeitsorte, durch Reetablierung und Ausgestaltung seiner technischen Hilfsmittel und durch Schaffung von Neuanlagen. Um so mehr ist es zu beklagen, daß die Freiheit der bergbaulichen Betätigung nunmehr bedroht wird durch das stärkere Einsetzen staatssozialistischer Strömungen, die zur neuerlichen Vorlage der Berggesetznovelle geführt haben. Der vom Vereinssekretär Dr. Husslerl erstattete Rechenschaftsbericht bemerkt, daß der besorgniserregende Rückgang der Arbeitsleistungen und die damit verbundene Verminderung der Kohlenförderung nicht einzig und allein auf die ungünstigen Ernährungs- und Betriebsverhältnisse zurückzuführen seien, sondern zum großen Teil auch in verfehlten gesetzlichen Maßnahmen sowie wiederholten Eingriffen der Militärverwaltung in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in der Anwendung des § 1154b WGB, der Einführung der Beschwerdelokommissionen begründet seien. Den kapitalfeindlichen und staatssozialistischen Strömungen gewisser politischer Gruppen habe die Regierung auch dadurch Rechnung getragen, daß sie die Berggesetznovelle, die bekanntlich die Einführung des staatlichen Kohlenproduktionsmonopols zum Ziele hat, im Abgeordnetenhaus wieder einbrachte. Dem Rechenschaftsbericht ist wie alljährlich auch eine Uebersicht über die Gewinnungsverhältnisse des österreichischen Kohlenbergbaues und seiner Nebenbetriebe beigegeben. Danach zeigt die Steinkohlengewinnung des Jahres 1917 mit einer Förderung von 167.3 Millionen Meterzentner gegenüber jener des Jahres 1916 mit 176 Millionen Meterzentner eine Abnahme um 4.96 Prozent. Die Erzeugung an Steinkohlensatz betrug im Jahre 1917 26.2 Millionen Meterzentner und hat somit jene des Vorjahres (25.8 Millionen Meterzentner) um 1.31 Prozent übertroffen. Die Erzeugung an Steinkohlenbriketts, die sich im Jahre 1917 auf 1.37 Millionen Meterzentner belief, ist im Vergleich zum Jahre 1916 (1.96 Millionen Meterzentner) um 29.85 Prozent gesunken. Die Braunkohlenförderung, die im Jahre 1917 216.3 Millionen Meterzentner gegen 232 Millionen Meterzentner im Jahre 1916 ergab, hat eine Verringerung um 6.78 Prozent erfahren. Die Erzeugung an Braunkohlenbriketts (1.68 Millionen Meterzentner) hat im Vergleich zum Jahre 1916 (2.24 Millionen Meterzentner) um

24.98 Prozent abgenommen. Der Rechenschaftsbericht wurde von der Generalversammlung einstimmig genehmigt und dem Vereinsvorstand die Entlastung erteilt. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen in den Vereinsvorstand ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder mit Ausnahme der Ruitowitzer Kohlenwerke G. m. b. H., an deren Stelle die Kohlengewerkschaft Leonoraschacht neugewählt wurde. Bei der nach der Generalversammlung abgehaltenen konstituierenden Vorstandssitzung wurde Heinrich Graf Larisch zum Präsidenten, Oberbergrat Gottfried Hüttemann zum ersten Vizepräsidenten und Bergrat Ingenieur Mag. Ritter v. Guttmann zum zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt.